

# i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 418 10. September 2008

15. Jahrgang

## ***Petrocaribe*: Wer profitiert von der Beziehung zwischen Hugo Chávez und Zentralamerika?**

Mit Ausnahme von Panama und El Salvador haben sich bald alle zentralamerikanischen Länder dem von Hugo Chávez lancierten Projekt *Petrocaribe* angeschlossen. Dieses sieht vor, unter speziell günstigen Konditionen Rohöl und Erdölderivate an die Länder der Karibik und nach Zentralamerika zu verkaufen. Mitte Juli unterzeichnete auch der guatemaltekeische Präsident Álvaro Colom einen entsprechenden Vertrag mit Venezuela; das letzte Wort über den Beitritt zu *Petrocaribe* spricht jedoch der guatemaltekeische Kongress, der bisher fruchtlos über das Unterfangen debattiert (siehe ¡Fijáte! 414).

Die einen befürchten, mit einem Beitritt zu *Petrocaribe* die "Seele des Landes" an den "Revolutionär Chávez" zu verkaufen und sind aus ideologischen Gründen gegen das Projekt. Andere wiederum, wie z. B. der guatemaltekeische Vizepräsident Rafael Espada, finden, dass nur jemand, "der nicht bis drei zählen kann", gegen dieses Angebot sein könne. Es gibt aber auch realistischere kritische Stimmen, die sich fragen, ob die Institutionalität der zentralamerikanischen Länder genügend stark sei, um transparent mit den (vermeintlich) gesparten Geldern umgehen zu können. Auch ist fraglich, ob in diesen Ländern die Infrastruktur oder die notwendige Unabhängigkeit vorhanden ist, um den von der Privatwirtschaft monopolisierten Ölmarkt zu übernehmen. Und nicht zuletzt muss befürchtet werden, dass Regierungen wie z. B. diejenige von Guatemala, die sich in wirtschaftlichen Notsituationen befinden, in *Petrocaribe* eine willkommene Gelegenheit sehen, ihre politischen Projekte zu finanzieren.

Der folgende Text basiert auf einem Artikel, der am 29. August in der Nr. 1767 von *Inforpress Centroamericana* erschien.

### **Ein guter Deal**

"Anfänglich stellte sich der Privatsektor gegen die Initiative wegen der Person, die dahinter steckt, aber das Angebot ist dermassen verlockend, dass man sich ihm nicht widersetzen kann." Soweit Julieta Handal von der *Patriotischen Koalition für Solidarität*, einem Zusammenschluss honduranischer Sachverständiger, die sich der Ausarbeitung von Staatsreformen widmet.

Dieselben Überlegungen haben neben Guatemala wohl auch Honduras, Nicaragua und bald Costa Rica dazu bewegen, sich dem seit 2005 von Hugo Chávez in Zentralamerika und der Karibik vorangetriebenen Projekt zur Ölversorgung anzuschliessen. Auch wenn es seit den 70er Jahren immer wieder ähnliche Initiativen gab, war bisher noch keine so erfolgreich wie *Petrocaribe*. Am bekanntesten ist wohl der bis heute gültige *Pakt von San José*, mit dem sich die OPEC-Länder Mexiko und Venezuela dazu verpflichten, einem Dutzend ökonomisch schwachen Staaten zu Vorzugspreisen täglich 160.000 Barrel Öl zu liefern. Kuba jedoch blieb - wegen mexikanischem und US-amerikanischem Druck - bislang davon ausgeschlossen. Eine Tatsache, die Chávez nun geändert hat, indem er mit seinem Angebot, das weiter geht als der *Pakt von San José*, diesen quasi aushebelt und Kuba einschliesst.

Venezuela erlaubt den Käufern, die nur Staaten und keine privaten Unternehmen sein können, zwischen 40 bis 60%

der Kaufsumme zurückzubehalten und als Darlehen in "soziale Fonds" zu investieren. Diese Darlehen müssen erst in 25 Jahren und mit einem Mini-Zins von 1% zurückbezahlt werden. Ein - auf den ersten Blick - wirklich verlockendes Angebot und ein cleverer Schachzug, um den Einfluss der USA und Mexikos auf die Region abzuschwächen. So hat *Petrocaribe* z. B. die im kürzlich neu definierten *Plan Puebla Panamá* vorgesehenen Energieprojekte faktisch lahmgelegt.

Was die zentralamerikanischen Länder am dringendsten brauchen, ist eine Entlastung ihrer Ölrechnungen. Wegen des Rückgangs erneuerbarer Energiequellen, des Fehlens eigener Ölvorkommen (mit Ausnahme Guatemalas) und einer sehr beschränkten Raffineriekapazität leiden die Länder der Region unter den ansteigenden Preisen für fossilen Brennstoff.

Gemäss Angaben der *UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik* (CEPAL) hat sich die Ölrechnung Zentralamerikas seit 1999 bis heute etwa versechsfacht. Der Kauf von Öl macht bei den Importrechnungen dieser Länder einen der Hauptposten aus, das Wirtschaftsdefizit vor allem mit den USA, wächst stetig. Rund 54% der Ölimporte werden für das - öffentliche und private - Transportwesen gebraucht, rund 23% fliessen in die Stromproduktion.

### Expansionsmöglichkeiten

So haben wir also auf der einen Seite die Länder Zentralamerikas, die auf Öl zu Vorzugspreisen angewiesen sind, und auf der anderen Seite Venezuela, das einen Absatzmarkt für sein Öl braucht und darum attraktive Offerten macht.

Der guatemalteckische Wirtschaftsexperte Miguel Gutiérrez meint dazu: "Länder wie Guatemala, die externe Finanzierungen brauchen, können einerseits an internationale Institutionen gelangen, vor allem, wenn ihre Auslandsverschuldung nicht allzu hoch ist. Sich *Petrocaribe* anzuschliessen ist eine sehr attraktive und billige Alternative zu den Krediten z. B. einer Weltbank." So öffnet also das Angebot von Chávez beispielsweise in Guatemala die Türen für den Import von venezolanischen Erdölderivaten. Bisher wurden 34% der raffinierten Treibstoffe aus den USA importiert und bloss 9% aus Venezuela. Venezuela seinerseits ist auch daran interessiert, den zentralamerikanischen Markt auszubauen und seine Export-Abhängigkeit von den USA zu verringern, die immerhin aktuell 53% der venezolanischen Erdölproduktion absorbieren. Ein anderes Ziel von *Petrocaribe* ist, den US-amerikanischen und brasilianischen Initiativen zur Verbreitung des Agrodiesels etwas entgegenzustellen. Venezuela liegt sehr viel daran, Agrodiesel als etwas Zusätzliches zu Erdöl darzustellen und nicht als Ersatz für dieses.

### Neue Allianzen

Auch wenn *Petrocaribe* wirtschaftlich für alle Involvierten eine win-win-Situation bedeutet, stecken hinter dem Angebot auch Interessen, die über das ökonomische hinaus- und ins ideologische hineingehen. "Die Rechte nutzt *Petrocaribe*, um ihren Diskurs zu legitimieren, dass die Regierungen Zentralamerikas sich mit einem Diktator alliieren, der den Terrorismus unterstützt. Und die Linke verkauft es als ein revolutionäres Projekt gegen die Hegemonie der USA. Aber es ist weder das eine noch das andere", kritisiert der guatemalteckische Wirtschaftsanalyst Fernando Solís von der Zeitschrift *El Observador*. Solís gibt zwar zu, dass *Petrocaribe* Teil der politischen und wirtschaftlichen Offensive von Hugo Chávez sei, aber das diese noch lange kein antihegemoniales Projekt sei und von den zentralamerikanischen Regierungen auch gar nicht als solches verstanden werde, sondern dass diese in erster Linie eigene opportuni-

stische Interessen verfolgen würden. "In Zentralamerika fehlt es an Institutionen und es dominieren kurzfristige Visionen sowie ein Steuersystem, das nicht in der Lage ist, die öffentlichen Ausgaben zu decken. Deshalb geht es den Regierungen mit *Petrocaribe* nur um Finanzen", sagt Solís. Nur so erklärt er sich, dass sich niemand daran stört, dass die zentralamerikanischen Länder bedenkenlos auf der einen Seite Freihandelsabkommen mit den USA und auf der anderen Seite Erdölverträge mit Venezuela abschliessen. "Es geht hier um Einflussnahme auf Märkte und politische Eigeninteressen, aber die Hegemonie der USA steht nicht auf dem Spiel", so Solís. Miguel Gutiérrez teilt diese Einschätzung: "Es ist in erster Linie ein politischer Annäherungsversuch von Chávez, denn tatsächlich ist sein Öl ja bereits auf dem verhältnismässig kleinen Markt Zentralamerikas verbreitet. Nicaragua vielleicht weniger, aber Guatemala hat gegenüber Chávez eine unabhängige Position eingenommen und sich auf keine politischen Kompromisse eingelassen." Ein Beispiel dafür sieht Gutiérrez darin, dass weder Guatemala noch die anderen Länder der Region sich davon abhalten lassen, in Kooperation mit Brasilien ins Agrotreibstoffgeschäft einzusteigen, "nur weil es Hugo nicht gefällt".

### Monopole

Ein ursprüngliches Ziel von *Petrocaribe* ist die verstärkte Beteiligung der Staaten im Treibstoffgeschäft und das Durchbrechen der privatwirtschaftlichen Monopole. Bisher haben aber nur Honduras und Nicaragua eigene staatliche Ölundertnehmen und damit auch die notwendige Lagerkapazität. Die Regierungen sehen sich entsprechend gezwungen, das venezolanische Erdöl in Tanks zu lagern, die den bereits etablierten Monopolisten gehören und ihnen dafür noch einen Mietpreis zu bezahlen. Die nächste Frage wird sein, wie das Öl verteilt wird und welche Tankstellenketten zu welchen Bedingungen beliefert werden und zu welchen Preisen das "billige" venezolanische Öl verkauft wird - meist ist es ja z. B. nicht so, dass die grossen Unternehmen ihre Tankstellen in den abgelegenen, ärmeren Orten bauen.

Nicaragua ist das Land Zentralamerikas, das schon am längsten den *Petrocaribe*-Vertrag mit Venezuela unterzeich-

net hat und in dem bereits auch einige Schwachstellen des Abkommens spürbar sind. Das grösste Problem ist die Transparenz bei der Verwendung der Gelder, die durch *Petrocaribe* "freigestellt" werden. Die Fonds, in welche das Geld fliesst, erscheinen nicht im offiziellen Staatshaushalt, und es gibt keine unabhängige Rechnungsprüfung, was in Nicaragua bereits zu Korruptionswürfen gegen Präsident Daniel Ortega geführt hat.

So wie das Projekt in Guatemala diskutiert wird, scheint die Situation dort genauso zu sein. Ausserdem wurden bisher keinerlei Kriterien festgelegt für die "sozialen Projekte", die aus diesem Fonds finanziert werden sollen. Präsident Colom erklärte kurz nach Unterzeichnung des Vertrags mit Venezuela, dass die Gelder in nicht näher definierte Armutsbekämpfungsprogramme fliessen sollen, in den Bau der umstrittenen Verbindungsstrasse *Franja Transversal del Norte* und in den Betrieb einer Eisenbahn, welche von der Grenze mit Mexiko bis zur Grenze mit El Salvador führen soll.

Leider verlaufen die aktuellen Diskussionen im guatemalteckischen Kongress in erster Linie entlang der ideologischen Schiene, was eine differenzierte und weitsichtige Diskussion über Vor- und Nachteile, Gefahren und Schwierigkeiten von Kreditaufnahmen - unabhängig davon, wer sie gewährt - verunmöglicht.

## ¡Fijate!

Herausgegeben von:  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:**  
Postbank Karlsruhe  
BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

**Redaktion:**

**Barbara Müller**

**Christiane Treeck**  
c-tree@gmx.net

**Aboverwaltung:**

**Ewald Seiler**  
Rahel-Varnhagen-Str. 15  
79100 Freiburg

fijate@web.de

**Jahres-Abo: 55.- •**

**Auslands-Abo: 60.- •**

**E-Mail-Abo: 50.- •**

**Erscheinungsweise 14-täglich.**  
**Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

[www.guatemala.de/Fijate](http://www.guatemala.de/Fijate)

### Agrodiesel - der Treibstoff der Zukunft?

Guatemala kündigt neue Grossprojekte zur Produktion von Agrodiesel an. Im April dieses Jahres wurde mit dem US-amerikanischen Unternehmen *Sustainable Power Corporation* Abkommen unterzeichnet über den Bau einer Agrodieselanlage sowie eines Gigawatt-Reaktors in der Nähe von Guatemala-Stadt. Es ist somit die erste Phase eines ambitionierten und millionenschweren Energieprojekts eingeläutet worden. Um das Projekt in Guatemala zu betreiben, wurde in Guatemala das Tochterunternehmen *SSTP Centro América* eingetragen, in dessen Direktorenrat unter anderem der Abgeordnete der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) und aktuelle Präsident des *Zentralamerikanischen Parlaments* PARLACEN, der Guatemalteke Julio González Gamarra, sitzt. Um das Projekt zu realisieren, erhielt das Unternehmen von der Weltbank ein Darlehen von 4,6 Milliarden US-\$. Täglich sollen 30 Mio. Gallonen (à 3.78 Liter) Agrodiesel und 7 Gigawatt Strom produziert werden, der u. a. nach Belize, El Salvador, Nicaragua, Panama und Costa Rica exportiert werden soll.

Ein weiteres bereits fortgeschrittenes Projekt ist *Palmas del Ixcán* in Alta Verapaz, ein Tochterunternehmen der US-Firma *Green Fuels Earth*. Dieses Unternehmen, an dem die Familie der ehemaligen Innenministerin Adela de Torrealba beteiligt ist, sowie *Palmas de Desarrollo S.A.*, ein Unternehmen der schweizerstämmigen Familie Mägli, liegen im Einzugsgebiet der *Franja Transversal del Norte*, der geplanten Verbindungsstrasse zwischen dem Petén und Huehuetenango, die mit *Petrocaribe*-Dollars gebaut werden soll. All die genannten Unternehmen brauchen als Rohstoff für ihren Agrodiesel die Ölpalme.

Im Süden des Landes, in Chiquimula, ist eine guatemalteckisch-kolumbianische Korporation am Werk, die Agrotreibstoff auf der Basis von Pinienkernen produzieren will. Die Raffinerie will im Dezember dieses Jahres die Produktion aufnehmen und rechnet mit einem Ertrag von 10'000 Litern Agrodiesel täglich.

Agrotreibstoffe sind offensichtlich auf dem Vormarsch. Vor allem die Produzenten von Palmöl-Treibstoffen argumentieren, dass sie keinerlei Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion seien, was aber so nicht stimmt. Die flächenmässig riesigen Monokulturen befinden sich vor allem in den Regionen Petén und Alta Verapaz, früher bekannt unter dem Namen "Kornspeicher Guatemalas". Grosse Flächen dieses Kornspeichers werden jetzt zur Anpflanzung von Ölpalmen genutzt, und wo das Land nicht reicht, wird auf Naturschutzgebiete ausgewichen oder den ansässigen BäuerInnen das Land abgekauft und ganze Dörfer in Pflanzungen umgewandelt.

## Lauschangriff auf Präsident Colom

**Guatemala, 06. Sept.** Und wieder ging das Gerücht eines Staatsstreiches um, als am Donnerstag Nachmittag ein Aufgebot von 150 Infanterie-SoldatInnen das Präsidentenamt stürmte und das eigentlich für die Sicherheit des Präsidenten zuständige Personal des *Sekretariats für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* (SAAS) seiner Plätze verwies und ersetzte. Auch Krankenwagen waren bereits zugegen. Bis Präsident Álvaro Colom im Gefolge seines fast kompletten Kabinetts sichtlich aufgebracht selbst vor die Presse trat und die Situation mit der Mitteilung aufklärte, er werde ausspioniert. Durchsuchungen hätten sieben Mikrofone und zwei versteckte Kameras im Präsidentialamt, zwei ähnliche Geräte in seinem Büro in der Zone 14, in dem er Audienzen empfängt, einen Empfangssender in seinem Wohnhaus und einige solcher Apparate gar im Büro seiner Frau Sandra Torres zum Vorschein gebracht. Wo und vor allem von wem diese Aufnahmen entgegengenommen werden, ist bislang ungeklärt.

Bereits Mitte August hatte Colom sich öffentlich darüber gewundert, dass er Informationen am nächsten Tag in der Presse las, die nur im engsten Vertrauterkreis ausgetauscht worden waren. Seinen Verdacht, sein Telefon werde

abgehört, habe er dabei mit seinem Sicherheitsberater Carlos Quintanilla schon überprüft. Auch wenn Colom selbst kommentierte, dass es eben zahlreiche Unternehmen und Ermittlungsfirmen gebe, die den inzwischen recht lukrativen Abhörservice nutzen und kaufen, seien die nötigen Apparate doch gar nicht teuer, erinnerte Innenminister Francisco Jiménez daran, dass allein auf der Grundlage des Gesetzes gegen das organisierte Verbrechen und des Gesetzes des *Zivilen Geheimdienstes* (DIGICI) so genannte Lauschangriffe reglementiert seien, wobei das Abhören von Privatpersonen klar ausgeschlossen sei.

Direkte Konsequenz aus dem reichen Fund an Abhörgeräten in Coloms direkter Umgebung sind die sofortigen Entlassungen von SAAS-Chef Carlos Quintanilla und dem Chef des Zivilen Geheimdienstes SAE, Gustavo Solano. Zwar wird noch darüber gemunkelt, ob Quintanilla gekündigt wurde oder selbst kündigte, negiert er als Zuständiger für die Sicherheit des Präsidenten zumindest nicht seine unterlassene Verantwortung, die Geräte um den Präsidenten und seine Gattin nicht entdeckt und entfernt zu haben. Solano wiederum wurde bereits im Vorfeld vorgeworfen, nicht wie gefordert regelmässig bzw. unzureichend, Bericht erstattet zu haben.

Quintanilla selbst steht nicht erst seit Amtsantritt Coloms in der Kritik überbordender Einflussnahme in die Sicherheitsfragen und Stellenbesetzungsentscheidungen im Sektor des Inneren, zudem wird ihm eine zu grosse Nähe einerseits zum Militär, andererseits zum organisierten Verbrechen selbst angelastet.

In den vergangenen Wochen waren Quintanilla, von Colom freundschaftlich auch "Charlie" genannt und mit vollstem präsidialen Vertrauen bedacht, durch die Um- und Neubesetzungen von Leitungs- und Schlüsselpositionen im Innenministerium, der Staatsanwaltschaft und im Militär die ihm angekreidete Macht langsam entzogen worden, jetzt ist er also ganz draussen. Mittlerweile - zwei Tage später - ist auch bereits Haftbefehl gegen ihn und seinen Vertrauten Solano ergangen, ohne dass die beiden bei den durchgeführten Hausdurchsuchungen bislang gefasst wurden. Auch der stellvertretende SAAS-Leiter Osman Contreras ist entlassen worden, derweil Ricardo Marroquín Rosada, Gründer und Leiter dieses Sekretariats unter Ex-Präsident Alfonso Portillo im Verlauf der Auflösung des damaligen *Präsidialen Generalstabs* EMP, wieder ins Amt berufen wurde.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Colom deklarierte indes nicht nur denjenigen den Krieg, die Telefone abhörten, er beantragte gesonderte Sicherheit für sich und seine Familie, ordnete die zeitweilige Schliessung des Präsidentsalamtes an, um eine gründliche Durchsuchung nach weiterer versteckter Abhörtechnik durchzuführen und modifizierte seine erste Überzeugung, Quintanilla habe nichts mit dem Lauschangriff auf ihn zu tun in die Aussage, er habe dessen Kündigung akzeptiert, da es sich tatsächlich um eine administrative Verantwortung Quintanillas und somit einem schwerwiegenden Fehler handle. Ob sein langjähriger Vertrauensmann strafrechtlich wegen unterlassener Pflichterfüllung, Spionage, Kommunikationsabfang und Geheimnenthüllung belangt werde, würden die entsprechenden Justizinstanzen zu entscheiden haben. - Gegen Solano wird wegen Spionage ermittelt werden. - Er selbst sei jedoch sehr betroffen und verärgert. "Ich werde einen Ausdruck verwenden, den ich während den neun Jahren Wahlkampagne genutzt habe: Das System ist ein Swimming-Pool voll Scheisse und die einzige Form, es wieder zu richten ist, sauberes Wasser einzufüllen. Und ich

werde mich der Aufgabe widmen, es von Korruption zu säubern. Ich ziehe es vor, keine Polizisten zu haben, denn etwas zu verdecken."

Neben einer allgemeinen Empörung über den Lauschangriff auf den Präsidenten höchstpersönlich fahren die KommentatorInnen mit ihren Äusserungen zweigleisig. Auf der einen Seite werfen sie Colom indirekt vor, durch sein blindes Vertrauen in Quintanilla selbst dazu beigetragen zu haben, dass das organisierte Verbrechen so nah an ihn herangekommen ist, sei doch klar, dass Quintanilla seine Finger mit im Spiel hat. Auf der anderen Seite wird die Tatsache der Spionage gegen jedermann und -frau als fast normal und alltäglich dargestellt, wobei die Präsidenten der Republik davon noch nie ausgenommen gewesen waren. Colom sei jedoch der Erste, und dafür gebühre ihm entsprechende Anerkennung, der den Mut habe, diese Spionage-Praxis öffentlich zu denunzieren und den Versuch zu starten, das Geflecht der Gesellschaft inklusive der Regierung von parallelen Strukturen zu säubern. Gleichwohl seien die Funde der Abhörapparate, von denen auch nicht bekannt ist, seit wann sie überhaupt dort installiert waren, wo sie gefunden wurden, Zeugnis der Verletzlichkeit der In-

stitutionalität des Landes und letztlich Zeichen der herrschenden Unsicherheit, von der sich niemand, noch nicht einmal der Präsident, ausnehmen kann. Wie muss es erst um die Polizei und diejenigen Instanzen bestellt sein, die dafür zuständig sind, die Sicherheit im Land zu gewährleisten?

Kart Yván Arévalo fasst in seinem Kommentar in der Tageszeitung *Siglo XXI* die Hypothesen hinsichtlich der Hinterleute des Lauschangriffs zusammen: Neben der grundlegenden Verantwortung von denjenigen, die für die Sicherheit des Präsidenten angestellt sind, zielt die erste Theorie auf den militärischen Geheimdienst, der seine Hegemonie der absoluten Kontrolle bewahren wolle. Die zweite kreist um das organisierte Verbrechen, das keine Gelegenheit auslasse, um seine Tentakel auszustrecken und in jede Struktur einzudringen, die dies auch nur ansatzweise erlaube.

Letztendlich entblößen dieser entdeckte Lauschangriff und der Umgang mit den potentiell Involvierten jedoch schlicht die nackten Strukturen, die zumindest bislang für die Unsicherheit selbst und vor allem die Strafflosigkeit gesorgt haben, der sich die Kriminellen vor allem aus den oberen Schichten und diversen Metiers bedienen.

## Das Geflecht der Aktien im Kongress

**Guatemala, 29. Aug.** "Die freiwillige Auslieferung von Raúl Girón, dem Geschäftsführer des Aktienhauses *Mercado de Futuros S.A.* (MDF), mittels dem 82 Mio. Quetzales aus dem Sparfonds des Kongresses hinterzogen wurden, zeitigt einmal mehr die Schwäche des Justizsystems in Guatemala, denn hätte sich Girón nicht gestellt, hätte man wohl noch lange nach ihm gesucht", so beginnt *Inforpress Centroamericana* seinen Artikel über das äusserst labile Kartenhaus, das sich Kongress nennt, und alle an der Geldanlage direkt und indirekt Beteiligten. (¡Fijáte! 412 und 416)

Mittlerweile ist der Bilanzprüfer, der gleich nach der Skandalenthüllung eingesetzt wurde, auch schon ersetzt worden, da er seine Pflichten nicht ordnungsgemäss erfüllt habe. Immer mehr Anzeichen kommen auf, die die Ehefrau und Söhne von Ex-Kongresspräsident Rubén Morales in die Affäre mit hineinziehen. Unter Morales soll im letzten Jahr das erste Mal eine Geldanlage von Kongressgeldern über MDF abgewickelt worden sein. In diesem Zusammenhang seien Gelder auf den Konten der direkten Angehörigen von Morales überwiesen worden, die Gattin soll damit recht bald ein ansehnliches Anwesen erstan-

den haben. Im Moment ist noch nicht entschieden, wie gegen Eduardo Meyer vorgegangen wird und rechtlich vorgegangen werden kann, der Präsident des Kongresses war, als der aktuelle Anlagengefall publik wurde. Bislang haben weder Meyer noch Girón geredet. Gerade von letzterem werden Informationen und vor allem Namen von weiteren Abgeordneten erwartet, die in das Aktiengeschäft involviert waren und sind. Das bedeutet gleichzeitig, dass Giróns Leben in Gefahr ist. Just diese Angst soll den ehemaligen MDF-Geschäftsführer dazu bewogen haben, sich zu stellen und Unterstützung beim Menschenrechtsprokurat zu beantragen. Inzwischen sitzt er unter verstärkten Sicherheitsmassnahmen im Untersuchungsgefängnis, da ihm keine Ersatzmassnahmen gewährt wurden. Jetzt wird ermittelt, wer ihm half, sich die ganze Zeit zu verstecken.

Auch Meyer fürchtet, umgebracht zu werden, sollte er auspacken. Von der Festnahme Giróns erhofft er sich indes, endlich seine Unschuld beweisen zu können. Unabhängig davon wurde der Druck von Seiten aller Kongressparteien, einschliesslich seiner eigenen, der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) so gross, er solle ausgeschlossen wer-

den, dass er lieber selbst den Hut nahm. Meyer gehört zu den Gründern der UNE und ist seit 1991 Parlamentsmitglied. Zwar wird sein Parteiaustritt einerseits als politischer Preis bezeichnet, der Meyer jetzt ohne "politischen Regenschirm" stehen lasse. Für andere zeitigt Meyers Rücktritt eher die fortschreitende Fraktionierung der Partei.

"Im Fall von MDF gibt es viel zu viele Leute, die mit drin stecken, von den PolitikerInnen, die auf den öffentlichen Geldern herumreiten, bis zu den GesellschafterInnen des Unternehmens und ihrer BeraterInnen, und schliesslich die KomplizInnen, die sich darum kümmern, die Kontakte zu den ehrgeizigen Kongressmitgliedern zu knüpfen. Alle müssen für ihr Handeln einstehen und ihre Schuld sühnen. Auch wenn unsere Gesetze wertlose Strafen für Korrupte vorsehen, muss zumindest das Stigma auf ihnen lasten, strafrechtlich überführt worden zu sein." Auf diese Weise zeigt die Tageszeitung *La Hora* auf den grossen Kreis der Involvierten im "Fall MDF".

"Die Wahrheit ist, dass es in den Ermittlungen Fortschritte gegeben hät-

Fortsetzung auf S. 5

Fortsetzung von S. 4

te, wenn die Staatsanwaltschaft gewillter gewesen wäre", meint Juan Luis Font, Direktor der Tageszeitung *el Periódico*. "Aber die Staatsanwaltschaft hat bislang einfach keine Lust gehabt, die nötigen Ermittlungsschritte einzuleiten. Sie wollen keine Probleme mit den Abgeordneten, die am Jahresende für die Zuweisung der Gelder aus dem Staatshaushalt sind. Deswegen ist die Aussage von Raúl Girón wesentlich. Und man wird gut daran tun, ihn gut zu bewachen."

Gleichwohl schürten die Aussagen von Raúl Falla Ovalle, dem ersten Bilanzprüfer, das Feuer, der noch behauptete, "Es bleibt kein Centavo (von den Kongressgeldern, die Red.), der zurückge-

zahlt werden könnte", was die Investoren des Aktienhauses aufschreckte. Eine Woche später wurde Falla vorgeworfen, plötzlich seine Version geändert zu haben, sein vorheriger Kommentar wäre eine vorläufige Beobachtung gewesen.

Noch sind keine weiteren Namen hinsichtlich der Hochrisikoinvestitionen des Kongressgeldes öffentlich geworden, doch einiges deutet auf die *Patriotische Partei* (PP) hin, seit relativ zu Beginn des "Show-downs" bekannt gemacht wurde, dass deren Generalsekretär, Otto Pérez Molina, mehr als 600 Mio. Quetzales von MDF überwiesen worden waren. Molina rechtfertigte diese Zahlung bisher als Kredit, den er aufgenommen hatte, um seine Wahlkampagne zu finanzieren. Derzeit warte er darauf, dass

Girón oder eine andere Person von MDF sich bei ihm melde, damit er seine Schulden begleichen könne. Nachher wollte er jedoch die Gelder lieber direkt der Justiz übergeben.

Eine weitere Beteiligte bleibt die *Banco Uno*, die bislang noch nicht in den Fokus der Medien gelangt ist und von der die Kongressgelder an MDF weitergeleitet wurden. Nichtsdestotrotz haben die Kongressmitglieder bereits rechtliche Schritte gegen dieses Geldinstitut vorbereitet, Meyer selbst hatte bereits beim Bekanntwerden des Skandals Anzeige wegen Geldwäsche eingereicht, da die Bank nicht zeitnah über die Überweisung der Staatsgelder informiert hatte. Die jedoch beruft sich auf das Bankgeheimnis.

## Angriff auf UmweltaktivistInnen

**Guatemala, 05. Sept.** Letzte Woche noch hatte er die Drohungen und Einschüchterungsversuche gegen Luis Ferraté, den Minister für Umwelt und Natursressourcen, sowie gegen dessen Familie und KollegInnen verurteilt und ihnen die Solidarität der Umweltbewegung versichert. Anfang des Monats wurde Yuri Giovanni Melini, Direktor des *Umweltaktions- und -rechtszentrums* CALAS selbst Opfer eines bewaffneten Überfalls und liegt, von vier Kugeln verletzt, im Krankenhaus. Morgens auf dem Weg zu seinem Wagen war ihm von zwei Unbekannten, angeblich Jugendlichen, in Bauch und Beine geschossen worden.

Der als Arzt graduierte Umweltaktivist gründete CALAS im Jahr 2000. Die Organisation widmet sich Umweltstudien und -erziehung und bietet Gemeinden Unterstützung in entsprechenden Themen an. Finanziert wird CALAS vor-

nehmlich durch internationale Gelder. Einer der ersten grossen Erfolge von Melini waren die Schutzmassnahmen für den Nationalpark Laguna del Tigre im Petén hinsichtlich des Raubbaus, der unter anderem von Drogenkartellen in der Region getrieben wird. Neben dem Anzeigen von Umweltschäden gegen Unternehmen des Minenabbaus, der Erdöl- und Sandförderung und die widerrechtliche Aneignung von geschützten Gebieten arbeitet CALAS aktuell zum Allgemeinen Wassergesetz.

Aufgrund von Melinis Engagement und seiner exponierten Protagonistenrolle in der Szene ist klar, dass es sich bei dem Angriff nicht um ein gewöhnliches Verbrechen handelt, sondern eindeutig gegen ihn gerichtet war. Entsprechend verurteilen Umweltgruppen - aktuell weiss man von rund 50 UmweltaktivistInnen, die bedroht werden - MenschenrechtsaktivistInnen, internationale

Organisationen und die Regierung die Tat und fordern die zuständigen Autoritäten zu einer profunden Ermittlung auf. Ausserdem müssten den Bedrohten unbedingt Sicherheitsmassnahmen gewährleistet werden. Melini selbst wird im Krankenhaus von doppeltem Polizeischutz bewacht.

Die meisten Drohungen erhalten AktivistInnen, die in Petén, Izabal und im Westen des Landes arbeiten, wo die Natursressourcen von grossem wirtschaftlichem Interesse sind.

Dessen ungeachtet drückte Minister Ferraté, der Melini einen Krankenbesuch abstattete, die Überzeugung aus, die die Umweltorganisationen aufrecht erhalten: "Wir sind viele, die im Umweltbereich bedroht werden, aber sie werden uns nicht aufhalten, wir werden nicht davon ablassen, für ein gesünderes und umweltmässig heileres Guatemala einzustehen."

## Dringliche Reformen zur HIV-/AIDS-Prävention

**Guatemala, 04. Sept.** Organisationen, die mit HIV-/AIDS-Infizierten arbeiten, appellierten dieser Tage an den Kongress, das Allgemeine Gesetz zum Kampf gegen HIV zu reformieren, um die Prävention sowie die Versorgung der Betroffenen abzusichern. Ihre Forderungen erlauben einen Blick auf die katastrophale Situation, in der sich die Infizierten und Kranken, aber auch die gefährdeten Personen befinden.

Die Prävention müsse ganz konkret durch spezifische Bildungsprogramme reguliert werden, diese müssten zudem unbedingt in den Maya-Sprachen abgefasst werden. Ein striktes Prozedere der Benachrichtigung über HIV-/AIDS-dia-

agnostizierte Fälle an das Gesundheitsministerium sowohl seitens öffentlicher wie privater Kliniken müsse durchgesetzt werden, ausserdem bedarf es aktualisierter Studien mit zuverlässigen Informationen zur die Ausbreitung der Krankheit im Land. Die Reforminitiative beinhaltet auch Sanktionen wegen Diskriminierung von Personen mit HIV/AIDS sowie die Verhängung eines Berufsverbots gegen Gesundheitspersonal, das sich weigert eine HIV-infizierte Person zu behandeln. Schliesslich müssen Personen über 14 Jahren, sei es, dass sie in einer Partnerschaft lebten oder auch verheiratet seien, einen AIDS-Test auch ohne Zustimmung der Eltern ma-

chen lassen dürfen, ausserdem solle der Test an minderjährigen Kindern von infizierten Eltern unbedingt durchgeführt werden, auch wenn diese dagegen sind.

David Ruiz Villafranca von UNAIDS, der Instanz der Vereinten Nationen, die seit 1994 zum Thema HIV/AIDS arbeitet, äussert sich besorgt über die steigende Zahl von HIV-Infektionen in Guatemala, die für 2008 auf 63'000 infizierte Personen über 15 Jahre geschätzt wird. 94% der Ansteckungen passieren beim ungeschützten Geschlechtsverkehr und es sind immer mehr betroffene Frauen. Für Ruiz liegt diese Entwicklung eindeutig an der fehlenden Information und Sensibilisierung der Bevölkerung.

## Geschlechtliche Gehaltsdifferenz in Guatemala am grössten

**Santiago de Chile, 01. Sept.** Guatemala ist eines der Länder mit der grössten Einkommenskluft zwischen Frauen und Männern, stellte jetzt eine Studie der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) fest. Weltweit verdienen Frauen im Schnitt 78% des Gehaltes, das Männer für die gleiche Arbeit bekommen, auch wenn die Frauen besser qualifiziert sind.

Die ILO erklärte auf dem Seminar "Gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit" die Kluft vor allem mit der ungleichen Verteilung von häuslicher Arbeit und der Konzentration von Frauen in instabilen Arbeitsverhältnissen, mit weniger Verantwortung betraut, oft im Teilzeitjob.

Die grössten Gehaltsunterschiede in Lateinamerika finden sich in Guatemala, wo Frauen gerade einmal 58% von dem Gehalt bekommen, das Männer verdienen, es folgen Mexiko und Bolivien gleichauf mit 63% und Brasilien mit 67%. Etwas geringer sind die Differenzen in Nicaragua (69%), Uruguay (71%), der Dominikanischen Republik (72%), Ecuador (73%), Costa Rica (75%), Kolumbien (75%), El Salvador (77%), Panama (78%), Venezuela (79%) und schliesslich Honduras mit 81%.

Auch wenn die meisten Länder die grundlegende ILO-Konvention 100 ratifiziert haben, in der von gleichem Lohn für gleiche Arbeit die Rede ist, sind bislang weder angemessene Gesetze zu ih-

rer Implementierung noch Mechanismen aufgestellt worden, die ihre Erfüllung absichern könnten.

In Guatemala, so gibt die *UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik* (CEPAL) bekannt, sind 77% der arbeitenden Frauen im informellen Sektor beschäftigt, was für sie ob der prekären Beschäftigungssituation im Land trotz dem Fehlen von Lohnzusatzleistungen, bezahltem Urlaub und Sozialversicherung wenig Alternativen bietet.

Dazu kommen gerade im informellen Sektor die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen und die Arbeitsgesetze selbst, die die Ungleichheit nicht nur in Gehaltsfragen festigen.

## "Manolito" ist gefasst!

**Guatemala, 02. Sept.** Ohne jede Gegenwehr hat er sich wohl ergeben, einer der derzeit meist gesuchtesten Männer in Guatemala: Manuel de Jesús Castillo Medrano, ehemaliger Abgeordneter und gewählter Bürgermeister für Jutiapa. Da er aufgrund von zahlreichen Telefonkontakten in Verbindung gebracht wurde mit dem Mord an den drei salvadorianischen Abgeordneten des *Zentralamerikanischen Parlaments* (PARLACEN) und ihrem Chauffeur im Februar 2007, wurde ihm Anfang des Jahres die Immunität als Staatsfunktionär entzogen und ein Haftbefehl gegen ihn erlassen. Nichtsdestotrotz liess sich Castillo, bekannt als "Manolito", Mitte Februar vom Gemeinderat zum Bürgermeister ernennen, was jedoch erst zwei Wochen später bekannt wurde. (siehe ¡Fijáte! 405) Alle beteiligten Mitglieder des Rates sitzen immer noch in Haft wegen Amtsmissbrauchs. Der Interimbürgermeister Lisandro Salazar Trejo ist zwar im Amt und hat zwei Nicht-Regierungsorganisationen angeheuert, um die kommunalen Projekte durchzuführen, doch haben die Entwicklungsräte der umliegenden Dörfer bereits das Verfassungsgericht angerufen, dass dieses einen neuen ordentlichen Rat ernenne, da diverse Aktivitäten in der Gemeinde stillstünden und die AnwohnerInnen befürchteten, ohne RepräsentantInnen nicht mit offizieller Hilfe bedacht zu werden.

Derweil erklärt sich Castillo unschuldig, nachdem er 239 flüchtig war und mehr als 22 Razzien nach ihm erfolglos blieben. Da der für seine Festnahme zuständige Polizeikommissar den lokalen AgentInnen nicht traute und befürchtete, dass über diese Castillo vorschnell gewarnt werden könnte, wurden jeweils rund 200 PolizistInnen aus der Hauptstadt auf die Suche nach Ju-

tiapa geschickt. "Ich bin hier, weil ich möchte, dass die Situation geklärt wird. Das ist eine unbarmherzige politische Verfolgung, die auf einer Verschwörung beruht, die von anderen Leuten inszeniert worden ist", verteidigt sich Castillo: "Ich bin völlig unschuldig. Ich habe entschieden, mich zu stellen und ich hab um Unterstützung gebeten, um meine Sicherheit zu gewährleisten. Das hab ich vorher nicht getan, weil mein Leben in Gefahr war." Mit schussicherer Weste und Helm wurde er unter Wachschutz ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

Entgegen Castillos Aussagen berichten die Autoritäten, sie hätten einen Anruf erhalten, bei dem der Aufenthaltsort des ehemaligen Abgeordneten bekannt gegeben wurde. Gleichwohl beruhe der Sucherfolg eindeutig auf den Geheimdienstlichen Ermittlungen und nicht auf einer freiwilligen Aufgabe Castillos.

Richter Nery Medina ordnete am Tag der Festnahme an, gegen Castillo eine Strafprozess zu eröffnen, da "ausreichend Elemente existieren, um die vermeintliche Beteiligung des Beschuldigten (am Mord an den Salvadorianern, die Red.) zu belegen". Somit wird der Lokalbaron, als welcher sich Castillo in Jutiapa durch grosszügige Geschenkkaktionen und lokale Feste bekannt gemacht hat - während weder be- noch widerlegt ist, dass er auch im Drogengeschäft tätig ist -, angeklagt wegen Mordes, anhaltenden Betrugs, illegaler Vereinigung, Konspiration, Beihilfe (er wollte nicht den Namen seines telefonischen Gesprächspartners vor, während und nach der Mordaktion im Februar 2007, Montaña 3, alias Alberto Gutiérrez Arévalo bekannt geben, der vor einigen Monaten bereits ebenfalls als mutmasslicher Täter inhaftiert wurde) sowie unsachgemässer Aneignung und Vorenthaltung.

Doch nur drei Tage später ist Staatsanwalt Edwin Marroquín der Ansicht, dass die Anschuldigungen gegen Manolito allein aufgrund der nachgewiesenen Telefonate nicht aufrechterhalten werden könnten. Gleichwohl arbeite die Staatsanwaltschaft derzeit daran zu beweisen, dass Castillo in Verbindung steht mit der Drogenbande von Jalpatagua, einem Verwaltungsbezirk von Jutiapa. Dieser nämlich wird die materielle Täterschaft an dem Vierermord unterstellt.

So betrachtet Dina Fernández in ihrer Kolumne in der Tageszeitung *el Periódico* die Festnahme von Castillo skeptisch: "Mit aufgekrempten Hemdärmeln und einem Erfrischungsgetränk in der Hand verteilte der meistgesuchte Bürgermeister des Landes, Manolo Castillo, angeklagt des Mordes an den salvadorianischen Abgeordneten, am Freitag, als er festgenommen wurde, sein breites Lächeln im Gerichtsgebäude. Der berühmte Manolito wird seine Gründe haben, seine unerschütterliche Miene zu bewahren. Schliesslich brauchte es 4'000 Telefonanrufe an die Polizei, damit diese ihn aufspürte. Und als sie endlich entschieden, ihn zu fassen, fanden sie ihn friedlich zu Hause sich ausruhend, und ich würde mich nicht wundern, wenn er dort den Grossteil seiner erzwungenen Ferien verbracht hat, nachdem er sich mit grossem Getöse im letzten Jahr angeblich auf die Flucht gemacht hat. Das Einzige, was wir aus dieser Überraschungsverhaftung von Castillo ganz klar ziehen können, ist, dass Castillo den Eindruck macht, sich sicher und unangreifbar zu fühlen, um vor Gericht zu gehen. Die Fakten in den nächsten Monaten werden zeigen, ob sich die Umstände gewandelt haben und ob es eine wirklich Verbindlichkeit gibt, das Verbrechen aufzuklären, oder ob sich die tosenden Wasser wieder trüben."